

zu TOP

Mainz, 24.01.2014

Anfrage 0259/2013 zur Sitzung am 06.02.2013

Kostenentwicklung für die Stadt Mainz wegen neuer Rundfunkgebühren (PRO MAINZ)

Die Stadt Köln bezahlt bis auf Weiteres keine Rundfunkgebühren mehr. Eine Ratshausprecherin wird in der Presse mit der Aussage zitiert: „Wir können den Bürgern nicht zumuten, auf Verdacht eine nicht exakt ermittelte Gebühr zu entrichten“.

Durch die neue sogenannte Haushaltsabgabe, die zum 1. Januar die alte GEZ-Gebühr ersetzt hat, droht einzelnen Kommunen das Zehnfache des ursprünglichen Beitrages.

Für Privathaushalte gilt, eine Wohnung, ein Beitrag. Kommunen und auch private Betriebe werden aber anders bewertet. Bei ihnen ist die Zahl der Betriebsstätten, der Beschäftigten und der betrieblich genutzten Fahrzeuge entscheidend. Deshalb fordern die kommunalen Spitzenverbände eine Pauschalregelung für Städte und Gemeinden.

Wir fragen an:

1. Welchen Beitrag hat die Stadt Mainz bisher als GEZ-Gebühr bezahlt?
2. Wie hoch ist der neue, ab 01. Januar 2013, zu zahlende Rundfunkbeitrag für die Stadt Mainz?
3. Schließt sich die Verwaltung dem Vorgehen der Stadt Köln an, bis auf Weiteres keine Rundfunkgebühr zu zahlen?
4. Welche Maßnahmen ergreift die Stadt Mainz, um gegen die neuen, voraussichtlich höheren Rundfunkgebühren vorzugehen?

Prof. Dr. Jens Jessen
Fraktionsvorsitzender